

40 Jahre Bund für Freies Christentum

Marksteine - Entwicklungen - Persönlichkeiten

von Andreas Rössler

Vierzig Jahre, etwas mehr als eine Generation, scheinen für einen geschichtlichen Überblick etwas wenig zu sein. Doch sind wir schnelllebig und vergesslich. Eine Vereinigung wie der Bund für Freies Christentum, die für bestimmte Ziele steht, hat sich im Blick auf ihre Aufgaben in Gegenwart und Zukunft immer wieder auf die eigenen Ursprünge und die zwischenzeitlichen Entwicklungen zu besinnen.

Die hauptsächliche Quelle dieser notgedrungen knappen Darstellung ist die Zeitschrift "Freies Christentum"¹. Dazu kommt das Berichtsheft zum Frankfurter Kongress 1948 (Deutscher Kongress für Freies Christentum Frankfurt 21.-23. September 1948, Bericht, hg. v. Erich Meyer; zitiert: Bericht 48). Bei einer ausführlichen Darstellung wären auch die Protokolle der Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen, die Korrespondenzen des Vorstandes, die Hefte der 1952-1967 bestehenden Schriftenreihe "Freies Christentum" sowie die Mitteilungsblätter der örtlichen und regionalen Gruppen heranzuziehen.

1. Die Anfänge des Bundes um 1948

Die Gründungsversammlung

Ausgangsdatum ist der "Deutsche Kongreß für Freies Christentum" vom 21.-23. September 1948 in Frankfurt a. M. Dort ist der "Deutsche Bund für freies Christentum" gegründet worden, genau einen Monat nach der Gründung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) am 23. August 1948 in Amsterdam. Beides hat insofern miteinander zu tun, als die meisten Mitglieder der Vereinigungen freien Christentums in Deutschland, der Schweiz, den Niederlanden und Frankreich Mitgliedskirchen des ÖRK an gehören, aber mit der dort offiziell vertretenen Lehre von Jesus Christus als "Gott" die größten Schwierigkeiten haben.

Der 1948 gegründete Bund konnte an damals nicht mehr lebende Vertreter einer freien Theologie anknüpfen, etwa die Frankfurter Pfarrer Willy Veit (1872-1940) und Erich Foerster (1865-1945) oder die Theologieprofessoren Rudolf Otto (1869-1937) und Martin Rade (1857-1940). Rade war bis 1931 Schriftleiter der von ihm 1886 mitbegründeten Zeitschrift "Christliche Welt" gewesen. Die Begründer des Bundes konnten an die "Christliche Welt" anknüpfen, die von 1932 bis zu ihrer Einstellung 1941 von dem Leipziger Theologieprofessor Hermann Mulert (1879-1950) herausgegeben wurde, und an die 1939 verbotene Frankfurter Zeitschrift "Christliche Freiheit". Der Bund für Freies Christentum steht in der Tradition verschiedener früherer Dachverbände eines freien Protestantismus, vor allem des 1863 gegründeten "Deutschen

¹ Die in Klammern gesetzten Zahlen verweisen auf die Zeitschrift „Freies Christentum“: Jahrgang/Nummer/Seite. Alle Ausgaben der Zeitschrift können in der Geschäftsstelle eingesehen werden. Ab Jahrgang 2004 stehen die einzelnen Hefte auf <http://www.bund-freies-christentum.de/Archiv-unserer-Zeitschrift/> zum Download zur Verfügung.

Protestantenvereins", des 1914 konstituierten "Bundes für Gegenwartschristentum", dem sich 1920-1930 die 1903 gegründete "Vereinigung der Freunde der Christlichen Welt" angeschlossen hatte, sowie des 1921 gebildeten, kirchenpolitisch ausgerichteten "Verbandes des freien Protestantismus", der 1930 mit dem "Bund für Gegenwartschristentum" zusammenging. Diese Dachverbände hatten das Dritte Reich und die Zeit des Kirchenkampfs, in der die strengere kirchliche Orthodoxie ein freieres christliches Denken an den Rand gedrängt hatte, nicht oder fast nicht überlebt.

Noch direkter konnte der Bund bei seiner Gründung 1948 anknüpfen an örtliche Kreise eines freien Protestantismus, welche die Nazidiktatur, den Krieg und den Zusammenbruch 1945 überstanden hatten. Ihr neuer Dachverband ist der Deutsche Bund für freies Christentum geworden, "dem alle Verbände und Vereinigungen eines freien Christentums, eines entschiedenen Protestantismus und einer volksskirchlichen Haltung zugehören sollen, der aber auch Einzelmitglieder aufnehmen kann. Damit hat das freie Christentum eine unbedingt notwendige gemeinsame Organisation erhalten" (Erich Meyer, Bericht 48/3f).

Der Bund war gedacht als "Zusammenfassung aller Kräfte eines freien Christentums in Deutschland" (Bericht 48/1). Unter den örtlichen Gruppen, die sich in dem neuen Dachverband zusammenfanden, ist an erster Stelle der schon vor 1904 gegründete Frankfurter "Bund für entschiedenen Protestantismus" zu nennen. Die dort führenden Pfarrer Erich Meyer (1884-1955) und Friedrich Manz (1872-1957) hatten sich 1934 vom Pfarrernotbund wegen dessen Orthodoxie gelöst und gingen damit ihren eigenen einsamen Weg zwischen den Fronten (55/6/71). Dazu kamen die Ortsgruppen des Deutschen Protestantenvereins in Berlin, Hamburg und Bremen, die "Freunde evangelischer Freiheit" in Hannover, Duisburg (seit 1906) und Köln, die "Protestantische Vereinigung" Mülheim/Ruhr (seit 1945), die "Freie Volksskirchliche Vereinigung in Württemberg" (seit 1912), der "Pfälzer Unionsverein", die "Freie Evangelische Vereinigung" in Freiburg, die "Bewegung für Einheit in Glaube und Kirche" in Heidelberg, die "Evangelische Sammlung" in Wiesbaden, sowie mehrere Gruppen in der DDR: "Evangelisch-sozialer Kongreß" in Leipzig, "Freie volksskirchliche Vereinigung" in Sachsen, "Thüringer Volksskirchenbund" mit Ortsgruppen in Eisenach, Jena, Meiningen und Weimar (vgl. Bericht 48/48). Dem Bund eng verbunden war der Leipziger "Arbeitskreis für Gegenwartschristentum" mit Propst Friedrich Ostarhild, Professor Johannes Herz (1877-1960) und den Pfarrern Johannes Mehlhose (1890-1966) und Rudolf Grabs (1900-1993). Die Veranstaltungen dieser Leipziger Gruppe wurden 1949-1958 im "Freien Christentum" angekündigt.

Der Frankfurter Kongress 1948 und die dortige Gründung des Bundes ist in erster Linie der Initiative von Erich Meyer zu verdanken. Von dem befreundeten Pfarrer Friedrich Manz, der ihm von Anfang des Bundes an zur Seite stand, ist er "der Gründer und die Seele unseres Bundes" genannt worden (54/12/146). Auch die später im Bund mitverantwortlichen Pfarrer Hermann Marhold (87/2/23) und Hans Pribnow (1908-1990) gehörten zu den Mitbegründern. Dazu kam der Hamburger Theologieprofessor Walter Bülck (1891-1952).

Bei der Vorbereitung des Kongresses erhielt Erich Meyer fast 1000 Briefe (Bericht 48/25). Zum Kongress selbst kamen 150 Teilnehmer von allen Teilen Westdeutschlands. Die Vorträge der Pfarrer Friedrich Manz und Erich Meyer, der Professoren Kurt Leese (1887-1965), Gustav Mensching (1900-1978) und Walter Bülck sowie des Religionspädagogen Friedrich Karl Veigel wurden von 300-400 Personen besucht. Wel-

ches Signal von diesem ersten Kongress ausging, zeigen die verlesenen Grußworte von Paul Tillich, Rudolf Bultmann, Hermann Mulert, die Grußworte der hessisch-nassauischen Kirchenleitung, der theologischen Fakultäten der Universitäten Heidelberg, Mainz und Marburg, der Stadt Frankfurt, das Grußwort von Professor Emil Fuchs, von Dr. Lathrop, dem Präsidenten der IARF (damals "Weltbund für freies Christentum und religiöse Freiheit"), und manchen anderen (Bericht 48/17). Besonders ermutigend war der Brief Albert Schweitzers zum Kongress vom 30. 8. 1948 aus Lambarene. Er endet mit den Sätzen: "Für das freie Christentum einzutreten, ist eine Pflicht dem Evangelium gegenüber. Wie oft denke ich an das Wort: 'So bestehet nun in der Freiheit, damit uns Christus befreit hat.' St. Paulus ist unser Schutzpatron" (49/2/5).

Grundmotiv "Freiheit"

Der "Zusammenschluß der mancherlei Bünde und der vielen Freunde eines freien Christentums und entschiedenen Protestantismus" (Erich Meyer, 49/1/2) hatte das Ziel, die in der theologischen Entwicklung der vergangenen 200 Jahre ausgebildeten Züge eines "freiheitlich bestimmten Christentums" (Bericht 48/2) in der restaurativen Atmosphäre der Nachkriegszeit nicht untergehen zu lassen. "Freiheit" war das kräftige Leitmotiv, in dem sich Traditionen des Neuen Testaments, der Reformation und der Aufklärung bündelten. So ging es, geistlich verstanden, um die "Freiheit eines Christenmenschen, der in all seiner gefährlichen Freiheit gehalten wird von einer verborgenen Hand, der aus aller Gottesferne wieder heimgeholt wird" (Bericht 48/13). Der neue Bund sollte ein "Helfer zur rechten Freiheit der Kinder Gottes" sein (Bericht 48/14), eine "Sammlung aller derer, die in Freiheit fromm sein wollen" (50/9/4).

Angesprochen waren hier in erster Linie Mitglieder der evangelischen Landeskirchen. "Wir, die wir im Deutschen Bund für freies Christentum zusammengeschlossen sind, sehen nach wie vor unsere besondere Aufgabe darin, einem freien, im Evangelium wurzelnden Christentum innerhalb der bestehenden Kirche Raum und Recht zu verschaffen" (Friedrich Manz, 53/3/31). Die eine Zielgruppe waren diejenigen, die innerhalb der Kirche als "Diaspora freien Christentums ... Zusammenfassung, Halt und Stärke" brauchten (Bericht 48/36). Eine zweite Zielgruppe jene vielen, die möglicherweise die Option eines freien Christentums noch gar nicht kannten, aber "in der modernen Geisteslage nur in der Weise freien Christentums Christen sein oder werden können" (a.a.O.). Eine dritte Zielgruppe schließlich bildeten die in den etablierten Landeskirchen am Rande Stehenden oder an den Rand Gedrängten. Der neue Bund "will sich mühen, den zahllosen ‚Aussiedlern‘ und ‚Randsiedlern‘ in der Evangelischen Kirche Heimatrecht und Heimatgefühl zu bewahren oder neu zu schaffen" (a.a.O.).

Die "Freiheit" gewann ein besonderes Profil durch Abgrenzungen und Einsprüche, die im Namen der Freiheit vorzunehmen waren. Friedrich Manz schrieb: "Wir haben im tiefsten Grund kein polemisches, sondern ein durch und durch positives Interesse. Das schließt nicht aus, sondern ein den klaren und entschlossenen Protest gegen das, was uns im Leben der Gegenwart, vor allem im Leben der Kirche widerchristlich erscheint" (49/4/4).

Was das etwa konkret heißt, beschrieb Erich Meyer: "Aus unserem Verständnis des Evangeliums heraus lehnen wir dann allerdings allen Dogmatismus, jeden Totalitätsanspruch einer theologischen Richtung in der Kirche, alle Konfessionalisierung und

Klerikalisierung der Kirche wie der Welt, alle Orthodoxie und jedes gesetzliche Verständnis der Bibel und der Bekenntnisse der Kirche ab" (49/8/2).

Die Gründer des Bundes wandten sich gegen "lehrrechtliche Verpflichtung gegenüber irgendwelchen Bekenntnissen" (Bericht 48/4), gegen "ein durch Bekenntnisse der Vergangenheit gestütztes Glaubensgesetz", gegen "überspitzten innerprotestantischen Konfessionalismus" (Bericht 48/5), gegen "Verengung, eine peinliche Fixierung der ‚reinen Lehre‘... geistlichen Zwang" (Bericht 48/13), und zwar, weil "nicht irgendwelche Bekenntnisautorität Kirche baut, sondern allein lebendiger und gegenwärtiger christlicher Glaube" (Bericht 48/5).

In der "Allgemeinen Entschließung des ‚Deutschen Kongresses für Freies Christentum‘" wird dem "dogmatischen" eben das "freie" Christentum gegenübergestellt, mit der ausdrücklichen Bereitschaft zur Toleranz. Der Bund wolle "sich mühen, in christlicher Liebe zu denen zu stehen, die in der Weise des dogmatischen Christentums mit Ernst Christen sein wollen" (Bericht 48/34). Nur beanspruchen eben auch die freien Christen ihren Platz in der Kirche. In immer neuen Varianten wurde die Alternative formuliert: Freies Christentum statt "Bekenntnischristentum" (Bericht 48/4) oder "geschichtlich gebundenem Christentum" (Bericht 48/7). "Nicht Rechtgläubigkeit, sondern rechte Gläubigkeit" (Bericht 48/1).

Grundmotiv "Wahrhaftigkeit"

Von Anfang an beschäftigte den Bund die Bekenntnisfrage. Unvergessen waren die wegen Widerspruchs gegen das Apostolikum oder wegen freien Umgangs mit den Bekenntnissen aus dem Kirchendienst entlassenen Pfarrer Christoph Schrempf (1860-1944), Karl Jatho (1851-1913) und Gottfried Traub (1868-1956). Drei Pfarrer in Mülheim/Ruhr wurden 1945 von der rheinischen Kirchenleitung größtenteils wegen ihrer freieren Haltung zum Bekenntnis amtsenthoben, was zur Gründung der dortigen "Protestantischen Vereinigung" führte (49/2/3-5; 49/9/6). Noch Mitte der fünfziger Jahre wurde Ulrich von Hasselbach wegen seiner kritischen Haltung zum Bekenntnis eine Pfarrstelle in Düren verweigert (vgl. die Anmerkung in: Paul Tillich, Ergänzungsband 5 zu den Gesammelten Werken, Stuttgart 1980, 352f).

Im freien Christentum war man sich darin einig, dass eine wörtliche (literalistische) Bejahung der altkirchlichen und reformatorischen Bekenntnisse nicht zur Pflicht gemacht werden darf. Nach der "Allgemeinen Entschließung" von 1948 lässt sich "der aus dem Geist Jesu Christi lebende Glaube... nicht in starren Formen von Dogmen und Bekenntnissen einfangen", weil er "nur dort zur Wirkung kommen kann, wo das an Gott gebundene Gewissen sich in freier Entscheidung zum Evangelium als der Frohen Botschaft von der erlösenden Gnade und Liebe Gottes bekannt hat" (Bericht 48/34).

So griff der Kongress in einer "Entschließung", die durch ein Referat Walter Bülcks vorbereitet war, in die aktuelle Kirchenpolitik ein. Der zwei Monate zuvor, am 9.-13. Juli 1948 in Eisenach verabschiedeten Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurde ein "unevangelischer" Umgang mit Bibel und Bekenntnis vorgeworfen. Die Bekenntnisse seien der Bibel nachgeordnet, und diese wiederum sei mit dem Evangelium nicht schlichtweg identisch. Kritisiert wurde in der "Entschließung" auch, dass die Barmer Theologische Erklärung von 1934 in die Grund-

ordnung der EKD einbezogen worden war. Die Barmer Erklärung sei aus ihrer Situation heraus zu würdigen, doch sei ihre These 1 "überspitzt" formuliert, und zwar "unbiblisch und unlutherisch". Die in dieser These 1 implizierte Ablehnung einer Ur-offenbarung und einer universalen Heilsoffenbarung kann vom freien Christentum in der Tat nur als eine Sonderlehre betrachtet, nicht aber als verbindlich akzeptiert werden.

Der Einspruch des freien Christentums gegen allen "Dogmen- und Bekenntniszwang" (52/2/15) hing zusammen mit der uneingeschränkten Bejahung der historisch-kritischen und religionsgeschichtlichen Methoden in der Theologie und mündete aus in ein Plädoyer für die "Volkskirche" und die Warnung vor Sektierertum. Walter Bülck sah hier schwere Probleme auf den Protestantismus zukommen: "Die Kirche kann nicht gleichzeitig Sekte und Volkskirche sein. Die Forderung einer Uniformität der Lehre und bedingungsloser Anerkennung traditioneller Lehren und Formen hat aber entweder die Entwicklung zur Sekte oder die Rückentwicklung zum Katholizismus zur Folge" (49/9/2).

Freiheit, Bekenntnisfreiheit und Bewahrung vor Sektenmentalität waren für Erich Meyer ein einziger Zusammenhang: "Das Wort ‚Freiheit‘ hat nicht mehr ohne weiteres einen guten Klang in Theologie und Kirche. Konfessionalistische und dogmatische Erstarrung machen uns mancherlei Sorgen; die evangelische Kirche ist nicht selten in der Gefahr, ihre Weite und Freiheit zu verlieren und zur Sekte zu werden. Da müssen wir Freunde einer christlichen Freiheit und eines freien Christentums das Wächteramt ausüben" (Schriftenreihe Freies Christentum, Heft 1, 1952, S. 1).

Tieferer Grund des freichristlichen Plädoyers für den freien Umgang mit den überkommenen Bekenntnissen ist die Wahrhaftigkeit, der zweite Schlüsselbegriff neben der Freiheit, und mit dieser untrennbar verbunden. "Das freie Christentum sprach den Wahrheitssinn der Menschen an und verlangte unbedingte Wahrhaftigkeit auch auf dem Gebiet der Religion" (Bericht 48/2), heißt es programmatisch bei Erich Meyer. Dem im schwäbischen Freien Christentum aktiven Prälaten Jakob Schoell (1866-1950) wurde in einem Nachruf "Treue zur evangelischen Kirche, positive christliche Haltung und unbestechlicher Wahrheitssinn" bescheinigt (50/7/4).

Eindrucksvolle Worte wurden in den Anfangsjahren des Bundes für dieses zugleich freichristliche und urprotestantische Anliegen gefunden. Der Meininger Pfarrer H. Heyn schrieb: "Evangelische Freiheit ist Freiheit zu der Wahrheit von Gott, wie sie uns in Jesus Christus und seinem Evangelium offenbar geworden, und ist darum Freiheit von allen menschlichen Zusätzen, welche die göttliche Wahrheit verdunkeln. Evangelische Freiheit ist Freiheit von Kirchenlehre, Dogma, Bekenntnis, Bibelbuchstaben, wo immer hier dem Urteil des Gewissens sich ein Widerspruch auftut zwischen dem Objektiven der göttlichen Wahrheit und dem Subjektiven zeitbedingter Menschlichkeit, das auch in Kirchenlehre, Bekenntnis, Bibel sich ausspricht" (50/2/2). Otto Morgenstern wollte nur eine mit der Wahrheit verbundene Freiheit als legitim evangelisch gelten lassen: "Die Freiheit allein macht noch nicht den Protestanten, sondern das Stehen auf einem Ewigen, Absoluten, auf der Wahrheit, auf dem Guten, der Liebe, vor allem das Stehen und Klein-sein vor Gott" (51/11/2). In unverblümter Schärfe vertrat Kurt Leese den Primat der Wahrhaftigkeit: "Niemals kann das protestantische Freiheitsbewußtsein einen Herrn der Kirche anerkennen, dem zu dienen mit der Preisgabe der ebenso religiösen wie ethischen Wahrheits- und Wahrhaftigkeitsforderung verbunden wäre" (52/5/58).

2. Das Jahrzehnt von 1948 - 1958

Struktur und Funktionsträger

Gleich beim Gründungskongress 1948 zeichnete sich die Struktur des Bundes ab. Geleitet wird der Bund vom Vorstand, der sich zu Anfang aus Professor Walter Bülck sowie den Pfarrern Erich Meyer, Hermann Kuli (Tübingen) und Gottfried Bourquin (Berlin) zusammensetzte. Erster Präsident des Bundes war in den Jahren 1948-1952 Walter Bülck, erster Geschäftsführender Vorsitzender in den Jahren 1948-1955 Erich Meyer, wobei zunächst Bülck und Meyer beide als Präsidenten fungierten, die sich alle zwei Jahre in der Leitung des Bundes abwechseln sollten (50/11/8).

Auf den Praktischen Theologen Bülck folgte als Präsident in den Jahren 1953-1960 der religiöse Sozialist Georg Wünsch (1887-1964), Professor für Sozialethik in Marburg. Nächste Präsidenten waren von 1960-1970 der Stuttgarter Pfarrer Rudolf Daur (1891-1976), Ehrenpräsident des Bundes ab 1972, und von 1970-1986 der Saarbrückener Systematische Theologe Professor Ulrich Mann. Der Kölner Religionswissenschaftler Udo Tworuschka bekleidete von 1986-1995 das Präsidentenamt. Ihm folgte in diesem Amt der Berliner Theologieprofessor Hans-Hinrich Jenssen (1927-2003). Seit 2002 ist der Frankfurter Neutestamentler Professor Werner Zager (*1959) Präsident des Bundes.

Auf Erich Meyer folgten als Geschäftsführende Vorsitzende des Bundes von 1955-1964 der Frankfurter Archivar Carl Huber (1883-1968), 1964-1974 der Frankfurter Pfarrer Hermann Marhold, 1974-1986 der Düsseldorfer Pfarrer und Religionslehrer Hartmut Finke, 1987-1990 der Stuttgarter Pfarrer Andreas Rössler, 1990-1995 die Frankfurter Pfarrerin Jutta Reich, 1995-1997 der Blaubeurener Pfarrer Jörg-Dieter Reuß. Seit 1997 bekleidete Pfarrer Heinrich Frommer aus Denkendorf das Amt des Geschäftsführenden Vorsitzenden, das 2004 Karin Klingbeil übernahm.

In der Geschäftsführung arbeitete von Anfang an die Gemeindehelferin und Prädikantin Lydia Heinz (1909-1999) mit, die 1975 in den Vorstand berufen wurde und über viele Jahre die Geschäftsstelle in Frankfurt leitete. Das Amt des Kassenschalters hatte zunächst Paul Struckmeier (1888-1973) inne, ab 1967 Kurt Dörffler (1897-1981), ab 1977 Dorle Wilhelmi, ab 1988 Gertrud Magister und ab 2000 Peter Lange. Seit 2006 liegt die Kassenverwaltung bei Karin Klingbeil.

Die Zeitschrift

Ein unentbehrliches Organ des Bundes sollte die seit 1. März 1949 erscheinende Zeitschrift "Freies Christentum" werden. Das monatliche, seit 1987 zweimonatliche Blatt hatte zunächst den Untertitel "Mitteilungsblatt an", ab 49/5 "Mitteilungsblatt für die Bünde und Freunde des Deutschen Bundes für freies Christentum". Ab 50/11 lautete der Untertitel "Herausgegeben im Auftrag des Deutschen Bundes für freies Christentum", ab 65/1 "Herausgegeben vom Bund für Freies Christentum". Ab 76/1, mit der Umstellung vom DIN A 4-Format des Blattes auf das DIN A 5-Format eines Hefes mit graphisch gestaltetem Umschlag, lautete der Untertitel "Auf der Suche nach neuen Wegen", nachdem sich die Zeitschrift "Auf neuen Wegen", das Presseorgan der "Volkskirchenbewegung Freie Christen", mit dem "Freien Christentum" vereinigt

hatte. Schriftleiter der Zeitschrift sind gewesen: Friedrich Manz ab 49/1, Pfarrer Hans Pribnow ab 51/10, der Jurist Walter Kappus (1900-1984) ab 69/5, Pfarrer und Studiendirektor Ulrich von Hasselbach (1910-1999) ab 1976, der Theologe und Verlagslektor Hellmut Haug ab 1987, der Pfarrer Andreas Rössler ab 2004 und seit 2013 der Theologe und Forschungsleiter Kurt Bangert..

Den am 1. Juli 1963 gegründeten "Verlag Freies Christentum" in Hanau leitete Berta Jeneck, die schon zuvor im Versand der Zeitschrift tätig gewesen war. Die Geschäftsführung des Verlags ging im Mai 1969 auf Ruth Erhardt (1903-1975) in Stuttgart über. Der Verlag wurde 1976 aufgegeben. Die neue Versandstelle übernahm Dorle Wilhelmi (Bad Bevensen), ab 1987 Lore Zoller (1932-2015), gemeinsam mit ihrem Mann Pfarrer Wolfram Zoller.

Die Zeitschrift "Freies Christentum" stand unter dem Wahlspruch "Aus der Enge in die Weite, aus der Weite in die Tiefe!" (50/1/4). Dieses Wort ist zugleich "von Anfang an die Parole des Deutschen Bundes für freies Christentum" gewesen (Hans Pribnow, 50/11/1). Bund und Zeitschrift sind aufeinander angewiesen. Die Zeitschrift berichtet über das Leben des Bundes, sie formuliert und diskutiert dessen Leitgedanken und Zielvorstellungen. Der Bund reicht mit der Leserschaft der Zeitschrift weit über den eigenen Mitgliederkreis hinaus. Es bestand zugleich das Bedürfnis nach Schriftenreihen, in denen ausführlicher entfaltet werden kann, wofür in der Zeitschrift der knappe Platz nicht ausreicht. In den Jahren 1952-1967 gab es die "Schriftenreihe ‚Freies Christentum‘ - Beihefte zur Monatsschrift ‚Freies Christentum‘". In unregelmäßiger Folge erschienen 68 Nummern, etliche davon als Hefte mit Doppelnummern. Ab November 1985 wurde eine neue Schriftenreihe begonnen unter dem Titel "Forum Freies Christentum - Arbeitstexte des Bundes für Freies Christentum". Davon sind bis August 1987 vierzehn Hefte in Fotodruck erschienen.

Örtliche Gruppen - internationale Kontakte

Die Basis des Bundes bildeten die örtlichen Gruppen, als deren Dachverband der Bund ja in erster Linie gedacht war. Gleich in der ersten Nummer der Zeitschrift wurde zur Bildung "freiprotestantischer Arbeitsgemeinschaften" (49/1/3) aufgerufen. Der Religionswissenschaftler Gustav Mensching erklärte sich bereit, mit Vorträgen die Gründung von Ortsgruppen vorbereiten zu helfen (51/1/11). Neue Ortsgruppen entstanden etwa im Oktober 1951 unter dem Namen "Freunde evangelischer Freiheit" in Remscheid und Siegen (51/12/6). Die Jahrestagungen des Bundes fanden meistens an Orten statt, wo Ortsgruppen bestanden.

Freilich wurde bald über abnehmende Zahlen geklagt, so im Juni 1959 aus der Berliner Ortsgruppe (59/6/78-81). Das Problem war die Überalterung der Mitglieder. Die mittlere und junge Pfarrergeneration, die zur Gewinnung neuer Mitglieder aus den gebildeten Kreisen der Kirchengemeinden nötig gewesen wäre, fiel weitgehend aus, da sie zu sehr von der "dialektischen Theologie" Karl Barths und seiner Freunde beeinflusst war und sich der von dort ausgehenden Diffamierung der "liberalen Theologie" nicht entziehen konnte. Auch wenn es unter den Verfechtern der liberalen Theologie viele entschlossene Gegner des Nationalsozialismus und der "Deutschen Christen" gegeben hatte, etwa Kurt Leese, Hans von Soden (1881-1945), Friedrich Heiler (1892-1967) und den 1933 zur Emigration in die USA gezwungenen Paul Tillich (1886-1965), hatte sich doch die überwiegend von Karl Barths Theologie des Wortes

Gottes inspirierte Bekennende Kirche mit der Barmer Erklärung von 1934 als die stärkste Kraft gegen die Infiltration nationalsozialistischer Ideologie in die Kirche erwiesen, während ein liberaler Theologe wie Emanuel Hirsch (1888-1972) zeitweise sehr eng mit den "Deutschen Christen" verbunden gewesen war.

Da das Etikett "liberale Theologie" verdächtig geworden war, musste sich der Bund mit der Bezeichnung "liberal" auseinandersetzen. Man wollte sich nicht auf die "Liberalen alten oder neuen Schlages" (50/ 9/4) beschränken oder festlegen lassen, konnte sich aber auch von der liberalen Theologie bedeutender Geister wie Friedrich Schleiermacher, Albrecht Ritschl, Adolf von Harnack und Ernst Troeltsch nicht distanzieren, ohne wesentliche eigene Wurzeln zu verleugnen. Eine wichtige Wegweisung war das 1953 erschienene Buch "Die neue liberale Theologie" des Berner Theologen Ulrich Neuenschwander (1922-1977), das dazu half, zwischen altem und neuem Liberalismus zu unterscheiden. Der "neue Liberalismus" hatte unter dem Eindruck zweier Weltkriege den naiven Fortschrittsgedanken abgelegt, das Zwiespältige im Dasein und die menschliche Sünde wieder wahrgenommen, sich die in der Rede vom "verborgenen Gott" zusammengefasste Erkenntnis der Abgründigkeit Gottes wieder zu eigen gemacht, die Botschaft von der Erlösung in Jesus als dem Christus unterstrichen und Paulus als legitimen Interpreten Jesu anerkannt (vgl. Hansjörg Jungheinrich in 57/12/154; 59/4/49; 88/2/29). Auf dieser Linie konnte dann der Begriff "liberal" wieder ohne Scheu benutzt werden, philosophisch untermauert von der "Liberalität" von Karl Jaspers, der sich über die drei von Albert Schweitzer bestimmten Schweizer Theologen Martin Werner (1887-1964), Fritz Buri (1907-1995) und Ulrich Neuenschwander immer mehr zu einem Lieblingsphilosophen des freien Protestantismus entwickelte (58/9/111f; 69/4/53-56; 83/4/ 67-71).

Dem Bund war von Anfang an an internationalen Kontakten gelegen. Auf dem 13. Weltkongress für freies Christentum in Amsterdam vom 19.-24. Juli 1949 wurde der Bund, zusammen mit den deutschen unitarischen Religionsgemeinschaften, in den Weltbund für freies Christentum und religiöse Freiheit (heute: International Association for Religious Freedom, IARF) aufgenommen. Professor Bülck wurde ins Exekutivkomitee gewählt (49/7/2). Die alle drei Jahre stattfindenden Kongresse des Weltbundes wurden regelmäßig auch von Vertretern des Bundes besucht. Beim 15. Kongress im Juli 1955 in Belfast war Georg Wünsch einer der Referenten. Die Kontakte des Bundes gestalteten sich besonders eng zur Schweizer Schwestergruppe, dem traditionsreichen Schweizerischen Verein für freies Christentum. Die Professoren Werner, Buri und Neuenschwander und andere waren gern gehörte Referenten bei den Jahrestagungen und gern gelesene Autoren in der Zeitschrift.

Die Tagungen

Seit Gründung des Bundes ist die jährliche Tagung, verbunden mit einer Mitgliederversammlung, das herausragende Ereignis in seinem Leben. Von hier gehen entscheidende geistige Impulse aus, die in den Tagungsberichten und in Aufsätzen der Zeitschrift weitere Kreise ziehen. Ein größerer und mehr auf die Öffentlichkeit zielender Kongress wechselte sich ab mit einer Arbeitstagung in intimerem Rahmen. Die Teilnehmerzahlen bewegten sich im allgemeinen zwischen 60 und 120 Personen. Beim Mülheimer Kongress 1960 gab es zum ersten Mal ein Generalthema. Nach dem Frankfurter Kongress 1970 war nur noch von "Arbeitstagungen" die Rede, bis sich

seit der Tagung im Oktober 1980 in Stuttgart die Bezeichnung "Jahrestagung" einbürgerte.

Der Bund war bestrebt, bei den Kongressen und Arbeitstagen nicht unter sich zu bleiben. Unter den Referenten fanden sich namhafte Theologen, die dem Bund nicht angehörten, aber seinen Zielen doch nahestanden, etwa Wolfgang Trillhaas (1949), Paul Althaus (1950), Gerhard Ebeling (1955), Herbert Braun (1962), Manfred Mezger (1965), Joachim Scharfenberg (1969), Ernst Benz (1973), dazu die Psychologen Karlfried Graf Dürckheim (1973), Marie Louise von Franz (1976), Ingrid Riedel (1982) und der Biologe Carsten Bresch (1983). Vor allem ist unter diesen nicht dem Bund angehörenden Referenten Walther von Loewenich (1958) zu nennen, der mit Büchern wie dem 1963 erschienenen Werk "Luther und der Neuprottestantismus" zur Rehabilitierung und positiveren Einschätzung eines freien Christentums beitrug und in seiner Zusammenschau von Reformation und Aufklärung sowie seiner Befürwortung eines "undogmatischen Christentums" mit den Anliegen des freien Christentums übereinstimmt.

Auf der Liste der Referenten bei den Kongressen und Arbeitstagen der ersten zwanzig Jahre sind die großen Gelehrten zu finden, die zur Gründungsgeneration des Bundes gehörten: Walter Bülck, Gustav Mensching, Kurt Leese, Emil Balla (1885-1956), Friedrich Heiler, Theodor Siegfried, Georg Wünsch, Gerhard Hennemann. Nicht durch Mitgliedschaft, aber durch ausdrückliche Sympathie war auch der Neutestamentler Ernst Barnikol (1892-1968) dem Bund verbunden, und besonders Paul Tillich. Seine Gegenwart und sein Vortrag auf dem Frankfurter Kongress 1954 hinterließen einen nachhaltigen Eindruck (54/11/135-137; 53/3/30).

Prägende Persönlichkeiten

Auf lange Sicht gesehen sind Paul Tillich und Albert Schweitzer (1875-1965) die prägenden Persönlichkeiten des Bundes gewesen. An erster Stelle ist Schweitzer zu nennen, der nicht zuletzt durch seine Freundschaft mit führenden Vertretern des Bundes und durch sein kontinuierliches Bekenntnis zum freien Christentum im Bund in höchstem Ansehen stand und steht. Seit 1950 ist er Ehrenpräsident des Bundes gewesen (50/11/8). Während seiner Europaaufenthalte konnten sich Mitglieder des Bundes mit ihm treffen, 1951 und 1955 in Frankfurt, 1958 in Günsbach. Durch Briefwechsel nahm Schweitzer regen Anteil am Leben des Bundes. Seine Grußworte zu den Jahrestagungen waren eine wesentliche Ermutigung für die Bundesmitglieder.

Zum Frankfurter Kongress 1950 schrieb Schweitzer: Das freie Christentum "hat seine Mission in unserer Zeit. Ohne freies Christentum kann sich keine christliche Kultur entwickeln, die der Welt das sein kann, was sie ihr sein muß" (50/9/Beilage).

Zum Kongress 1952 in Mülheim/Ruhr: "In der Ferne verfolge ich alle Bemühungen des freisinnigen Protestantismus und darf Ihnen sagen, daß ich an seine Zukunft mit ebensolchem Vertrauen glaube wie an seine Notwendigkeit. Die Geltung des Wortes, daß man nichts gegen die Wahrheit, sondern nur für sie etwas vermag, wird sich erweisen. Möge uns allen, die wir für das freie Christentum eintreten, verliehen sein, es in rechter Frömmigkeit und mit rechter Freudigkeit zu tun, daß man erkenne, daß auch wir kirchlich sind in der Art, die vor Gott gilt" (52/10/122).

Zum Kongress 1956 in Bremen schrieb Schweitzer: "Wir dürfen uns getrösten, daß wir in der Ehrfurcht vor der Wahrheit immer auf dem rechten Wege sind und im Lichte wandeln" (56/11/136). Zur Arbeitstagung 1959 in Hannover: "Ich denke immer an die wichtige Arbeit des Bundes. ... Ich hoffe und glaube, daß wieder ein freies Christentum sich durchsetzen wird. Ohne das ist eine christliche Kultur nicht möglich" (59/11/150). In seinem letzten Brief an den Bund vom 6. August 1964, ein Jahr vor seinem Tod geschrieben, zum Frankfurter Kongress 1964, bekräftigt Schweitzer noch einmal seine Verbundenheit: "Wo es sich um eine Tagung des Bundes für Freies Christentum handelt, bin ich von Herzen dabei. Ich kann nicht real bei Euch sein, aber geistig bin ich bei Euch" (64/11/136).

Beziehung zur evangelischen Kirche

Die Stellung des Bundes zur und in der evangelischen Kirche ist nicht frei gewesen von Spannungen. Die meisten Mitglieder des Bundes sind Angehörige der Landeskirchen, zum Teil in hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Funktionen in der Kirche tätig. Das vertrug sich von Anfang an mit einer Öffnung auch für Menschen, "die einer Landeskirche nicht angehören" (Bericht 48/15). Darin lag nicht das Problem, sondern im Protest des Bundes gegen einen "intoleranten Bekenntniszwang unter einem autoritären Kirchenregiment, dem gegenüber der freie Protestantismus sein Recht auf Duldung mühsam und weithin erfolglos vertritt" (Gustav Mensching, 51/1/6). Beim Kongress in Mülheim 1952 wurden dem Bund sogar kirchliche Räume verweigert (52/11/133-137). Doch entkrampfte sich das Klima, zumal die Frankfurter Kongresse von der hessisch-nassauischen Kirchenleitung eher wohlwollend begleitet wurden. Beim Mülheimer Kongress 1960 konnte dann auch der Gottesdienst in einer Kirche gehalten werden (60/11/131).

Gerade in den Anfangsjahren setzte sich der Bund kritisch mit kirchlichen Vorgängen auseinander. Bemängelt wurde etwa die Alleinherrschaft und Unversöhnlichkeit der Bekennenden Kirche, die nach dem Krieg weitgehend die Führungsposten in Kirche und akademischer Theologie übernommen hatte (50/6/2f; 52/8/107). Plädiert wurde für eine innerevangelische Abendmahlsgemeinschaft, der ein lutherischer und reformierter Konfessionalismus im Wege stand (52/1/8). Die Bekenntnisfreiheit in der bremischen Landeskirche wurde unterstützt (50/8/6; 52/9/118), zumal Bremen - etwa mit der St. Remberti-Gemeinde - seit langem ein Hort des freien Christentums gewesen war. Besonders engagierte sich der Bund während des Streits um Rudolf Bultmanns Entmythologisierungsprogramm in den Jahren 1950-1953 für die "Freiheit der theologischen Forschung von jeder kirchlichen Bevormundung" (52/10/128), wobei es zu Bultmanns Wort-Gottes-Theologie durchaus auch kritische Stimmen gab. Das ökumenische Bekenntnis zur Gottheit Jesu Christi (in der "Basisformel von Neu-Delhi" 1961 ist die Rede von den Kirchen, "die den Herrn Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland bekennen") wurde einhellig abgelehnt, wenigstens in einem irgendwie gearteten wörtlichen Verständnis (61/4/37f; 78/6/135). Beim Braunschweiger Kongress 1966 wurde eine kurze "Erklärung zur kirchlichen Lage" (66/11/165f) herausgebracht. Gegenüber der Bekenntnisbewegung "Kein anderes Evangelium" wurden hier die "Erkenntnisse der theologischen Forschung wie durch die gesamte Wissenschaft erarbeitete Einsichten" bejaht. Dabei wolle niemand "das Evangelium in seinem eigentlichen Gehalt auflösen".

Das Interesse des Bundes an der Mitgestaltung des kirchlichen Lebens wurde deutlich bei seinen Sondertreffen auf den Deutschen Evangelischen Kirchentagen (Berlin 1951, Stuttgart 1952, Hamburg 1953, Leipzig 1954, Frankfurt 1956, München 1959, Hannover 1967). Später wirkte der Bund auf den Kirchentagen in Arbeitsgruppenleitungen mit (Düsseldorf 1973, Frankfurt 1975), oder mit Ständen im "Markt der Möglichkeiten" (Frankfurt 1975, Nürnberg 1979).

Die erste offizielle Verlautbarung des Bundes seit den Entschlüssen des Frankfurter Gründungskongresses 1948 ist die "Entschließung" des Frankfurter Kongresses vom 30. September 1954 gewesen. Ziel der Arbeit des Bundes sei es, "die geschichtlich gewordene reformatorische Kirche zu einer lebendigen, von freier Gewissensentscheidung getragenen Gemeinschaft zu machen" (54/11/137). "Jeder dogmatische Zwang innerhalb der Kirche" wird abgelehnt. Die Kirche wird davor gewarnt, "in der Anerkennung geschichtlich gewordener Bekenntnisse einen gültigen Maßstab für den Glauben und die Zugehörigkeit zur Kirche zu sehen". Als "unveräußerliche Wesensmerkmale evangelischen Glaubens" werden "die Freiheit der Entscheidung und die Wahrhaftigkeit der Überzeugung" unterstrichen. Dazu kommen einige konkrete Forderungen, etwa die nach Lehrfreiheit der Pfarrer und der theologischen Hochschullehrer, nach kirchlichem Wahlrecht für die Gemeinden und nach Zugeständnis eines theologischen und kirchenpolitischen Pluralismus.

Breites Spektrum von Positionen

So sehr der Bund immer für eine Reihe von Werten wie Freiheit, Wahrhaftigkeit und Toleranz eingestanden ist, gab es doch in etlichen Einzelfragen und in der Konkretisierung der alle verbindenden Werte Meinungsverschiedenheiten. Eine liberale Einheitsdogmatik konnte nicht aufkommen. In der Zeitschrift wurde etwa 1953 ein Disput zwischen Ulrich von Hasselbach und Georg Wunsch ausgetragen. Während von Hasselbach befürchtete, man könne nur um den Preis des Umdeutens an vielen Aussagen in Bibel und Bekenntnis festhalten und mache dadurch das christliche Zeugnis für die Suchenden unglaubwürdig (53/5/ 51-54), wollte Georg Wunsch, der Präsident des Bundes, zwischen Ausdrucksformen und gemeinter Sache unterschieden wissen. Interpretation sei etwas anderes als Umdeutung (53/7/73-76). Die Toleranz Rudolf Daur gegenüber römisch-katholischer Marienverehrung hielt Hansjörg Jungheinrich angesichts des "militanten Dogmatismus" Roms für überspitzt (55/5/ 65f). Zwischen Kurt Leese und Hansjörg Jungheinrich kam es zum Disput darüber, ob zwischen der "Religion Christi", also dem Evangelium Jesu, und der "christlichen Religion" mit ihrer Christologie ein innerer Zusammenhang besteht oder nicht. Im Unterschied zu Leese bejahte Jungheinrich diese Frage (58/8/99-104). Beim Frankfurter Kongress 1958 gab es zwischen den Pfarrern Heinz Nölle und Hans Pribnow eine Kontroverse über die Bedeutung der Kirche für das Christsein. Verstand sich Nölle als Anwalt der Suchenden, die zur Kirche kein Verhältnis haben, so hielt Pribnow die Gemeinde für erforderlich, "um zu einem vollen christlichen Leben zu kommen" (58/11/145).

3. Das Jahrzehnt von 1958 - 1968

Abbröckeln und Zusammenrücken

In der Rückschau auf den Frankfurter Kongress 1958 konnte Hans Pribnow einen gewissen kirchlichen Stimmungsumschwung im Verlauf der Jahre seit 1948 konstatieren, auch wenn er andererseits die Einsamkeit vieler freichristlicher Pfarrer beklagte. "1948 war uns der kirchliche und theologische Wind gänzlich zuwider; wir wurden angesehen als Leute, die ihr eigenes Gestorbensein nur noch nicht bemerkt hätten („Reste eines überwundenen theologischen Liberalismus"). Der Wind hat sich in diesen zehn Jahren doch schon etwas gedreht" (58/11/140). Bereits nach der Arbeitstagung in Heidelberg 1953 konnte Hermann Marhold berichten, "daß man fast überall - von den Kirchenleitungen über die theologische Jugend bis hin zu den Gliedern der Kerngemeinden mit ihrem Hang zur Orthodoxie und zur gebundenen Kirchlichkeit - verständnisvoller aufzuhorchen beginnt auf das, was von jeher den freien Christen aus Liebe zu einer wahrhaft evangelischen Kirche am Herzen lag" (53/11/138).

Eine Massenbewegung ist der "Bund für Freies Christentum" - wie er seit dem Bremer Kongress im Oktober 1962 offiziell heißt, statt wie zuvor "Deutscher Bund für freies Christentum" (62/11/124) - freilich nicht geworden. Im Gegenteil, die Zahl der Einzelmitglieder (also die korporativ angeschlossenen freichristlichen Gemeinschaften nicht mitgerechnet) ist bis 1988 auf 168 zusammengeschmolzen. Im Bund hat man sich laufend Gedanken gemacht, womit die bescheidene Resonanz zusammenhängen mag. Die Herrschaft der Theologie Karl Barths nach 1945 wird eine wichtige Rolle gespielt haben. Andererseits kam der "gedrehte Wind" nicht dem organisierten freien Christentum zugute. Mit dem Plädoyer für kritische und religionsgeschichtliche Methoden in der Theologie rennt der Bund inzwischen offene Türen ein. Von einem Zwang, die überkommenen Bekenntnisse wörtlich verstehen zu müssen, kann in den evangelischen Kirchen nicht mehr die Rede sein. Wer im Sinne eines freien Christentums denkt, findet im Protestantismus durchaus seinen Platz.

In politischen Fragen hat sich der Bund als ganzer sehr zurückgehalten, so dass er auf junge progressive Protestanten sogar etwas konservativ wirken konnte. Georg Wünsch richtete nicht von ungefähr an die Bundesmitglieder "wiederholt die Bitte, den sozialen Fragen mehr Interesse entgegenzubringen" (65/1/4). Dazu kommt die Begrenzung auf eine gebildete bürgerliche Schicht. Die in der Zeitschrift über Jahrzehnte hinweg erschienenen Beiträge über die deutschen Klassiker Goethe und Schiller und über Philosophen wie Hegel konnten nur ein Bildungsbürgertum erreichen. "Ist der freie Protestantismus vielleicht zu wenig sozial und volksgemäß gewesen?" wurde gefragt (Hans G. Haack, 59/6/80).

Vielleicht muss der Bund zu solchen Grenzen stehen, wohl wissend, dass das freie Christentum weit über seine organisierten Formen hinausreicht. Die Bedürfnisse jener, die in religiösen Fragen den festen Rückhalt in fremder Autorität suchen, wird ein freies Christentum jedenfalls nicht erfüllen können. Sonst wäre ein Grundanliegen des freien Protestantismus verraten: das "Ernstnehmen wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit und die Freiheit des Gewissens in dem Sinne, daß evangelisch-sein bedeutet, nur das glauben zu können, für das man selber einzustehen hat, und nicht, weil ein anderer, und sei es eine kirchliche Autorität, es sagt" (Georg Wünsch, 54/11/141).

Über die Jahrzehnte hinweg machte man sich im Bund Gedanken, ob nicht die Selbstbezeichnung "Freies Christentum" manche ähnlich Gesonnenen abschrecke, weil es zu Verwechslungen mit konservativ geprägten Freikirchen oder umgekehrt mit Freier Religion kommen könne. Schon im Oktober 1949 wies Hans Pribnow auf

solche Probleme hin: "Der Name ‚Freies Christentum‘, durch den damals beabsichtigten und inzwischen vollzogenen Anschluss an den Weltbund nahegelegt, ist bei uns allen von Anfang an manchen Bedenken begegnet" (49/8/3). Ironischerweise hat die IARF beim Kongress 1969 in Boston die Bezeichnung "freies Christentum" aus ihrem Namen gestrichen, nachdem noch 1962 die Mitgliedsgruppen fast einhellig die Beibehaltung der Bezeichnung "freies Christentum" im Namen des Weltbundes befürwortet hatten (62/11/130f). Die Diskussion um den Namen des Bundes flammte 1964 auf, dann wieder 1969/70. Bei der Arbeitstagung 1969 in Königfeld stimmte sogar die Mehrheit der anwesenden Mitglieder in einer Probeabstimmung für eine Namensänderung (69/12/188). Eine plausible Alternative wurde freilich nicht gefunden. So beschloss der Vorstand 1970, es beim bisherigen Namen zu belassen (70/5/48).

Einen schweren Aderlass bedeutete für den Bund der Tod etlicher seiner Vordenker in den Jahren 1964-1968. 1964 sind Martin Werner und Georg Wunsch gestorben, 1965 Kurt Leese, Hermann Schuster (1874-1965), Albert Schweitzer, Julius Richter (1873-1965) und Paul Tillich, 1967 Friedrich Heiler, 1968 Ernst Barnikol. Einige Professoren der Theologie oder Religionswissenschaft sind im Lauf der Jahre aber neu hinzugestoßen, vor allem Ulrich Mann, Paul Schwarzenau, Gert Hummel, Fritz Maass und Udo Tworuschka.

Zum Bund, dessen Ortsgruppen im Lauf der Jahre abbröckelten, stießen zwei freichristliche Gemeinschaften als korporative Mitgliedsgruppen dazu. Beim Mülheimer Kongress 1960 war es die "Volkskirchenbewegung Freie Christen" (60/11/133), mit der es schon seit 1953 Kontakte gegeben hatte (53/3/30f) und deren "Braunschweiger Sätze vom Freien Christentum" (1957) in der Zeitschrift abgedruckt worden waren (57/9/111-113). Anders als in der Volkskirchenbewegung gibt es in der zweiten dieser Gemeinschaften, der "Tempelgesellschaft", die bei der Mülheimer Arbeitstagung 1976 in den Bund korporativ aufgenommen wurde, kaum zugleich einer Landeskirche angehörende Mitglieder.

Interreligiöse Kontakte

Seit dem IARF-Kongress 1961 in Davos gibt es Kontakte zwischen dem Bund und den freireligiösen sowie unitarischen deutschen Mitgliedsgruppen der IARF (61/10/116). Zu intensiveren Gesprächen kam es während der Arbeitstagung 1972 in Heidelberg, die unter dem Gesamthema "Freies Christentum zwischen kirchlicher Bindung und freier Religion" stand und die im Zusammenhang mit dem Heidelberger IARF-Kongress 1972 durchgeführt wurde (72/10/121-131; 72/11/137f). Im April 1973 schloss sich in Frankfurt ein Treffen zwischen freien Christen, Unitariern und Freireligiösen an.

Erste Versuche, den Konsens und Dissens zwischen Freiem Christentum und Freier Religion zu formulieren, erfolgten im April 1978 beim "Iggelbacher Religionsgespräch" (78/5/109-113) und bei einer christlich-freireligiösen Begegnungstagung im Februar 1979 in der Evangelischen Akademie Bad Boll (79/4/70-73). Solche Gespräche mit Vertretern der Freien Religion hielt Professor Ulrich Mann, Präsident des Bundes ab 1970, für eine wichtige Aufgabe des freien Christentums, das sich als Brücke verstehen sollte zwischen kirchlichem Christentum und anderen Religionen, etwa auch freireligiöser Spielart (73/1/169f). In seinem Grußwort 1974 an den Bund

schrieb Ulrich Mann, "daß wir Brücken herzustellen und zu erhalten haben, die eine lebendige Verbindung schaffen zwischen den Kirchen einerseits und den freireligiösen Kreisen andererseits, wobei es auch nicht zuletzt darum geht, dem Toleranzgedanken zu dienen, der allein einen geistigen Austausch zwischen den Hochreligionen unserer Zeit ermöglicht" (74/1/349).

Solche interreligiösen Begegnungen im eigenen Land wurden erleichtert durch eine positive Sicht anderer Religionen, die dem freien Christentum schon immer zu eigen gewesen war und die Gustav Mensching als "materiale Toleranz" bezeichnete. Kurt Leese konnte, ähnlich wie Paul Tillich, eine "Heilsoffenbarung" nicht ohne eine in Natur und Geschichte begegnende "Grundoffenbarung" verstehen (55/6/66f; 55/8/94-96). Das steht in einem gewissen Gegensatz zur These 1 der Barmer Erklärung. Von Friedrich Heiler wurde eine universale Heilsoffenbarung vertreten (57/11/139-141). Hansjörg Jungheinrich nannte den "universalen Offenbarungsbegriff ... die besondere Aufgabe jetzigen Freien Christentums" (78/3/70) und schrieb ein Buch über "Weltweite Offenbarung" (85/10/401-403). Ulrich Mann vertrat gegen Cyprian den Satz "extra ecclesiam salus" = "Heil also auch außerhalb der Kirche" (74/2/388).

In einer Standortbeschreibung des Bundes vom Oktober 1964 wurde dieser neue Schwerpunkt von Rudolf Daur und Hermann Marhold festgehalten: "Unser Bund erstrebt ein neues, brüderliches Verhältnis zu den nichtchristlichen Religionen. Sie einfach als menschlichen Wahn abzutun, erscheint uns als unfrommer, blinder Hochmut, der dem Geist Jesu nicht gemäß ist. Dabei leisten wir nicht einem unverbindlichen Relativismus Vorschub, sondern suchen, auf der Spur der Reformation gehend, das wirklich Unbedingte, alle Verpflichtende und Befreiende" (64/9/114).

4. Das Jahrzehnt von 1968 - 1978

Neue Herausforderungen

Auf dem Frankfurter Kongress 1968 wurde eine Bilanz der vergangenen zwanzig Jahre gezogen. Wie Kurt Werner schrieb, entfaltete der Bund zunächst "im Kampf gegen die Gefahr des völligen Verlustes der liberalen Überlieferung ein reiches geistiges Leben", ist dann aber "in die Kulturkrise und in die theologische Krise unserer Tage hineingerissen" worden und steht "vor schweren Lebensproblemen" (68/11/165). Es war eine Zeit von Unruhen in Gesellschaft, Kirchen und Universitäten. Der Bund stand im kirchlichen Spektrum auf einmal in der Mitte und wurde links von kirchenreformerischen Gruppen überholt. Ulrich von Hasselbach und Walter Kappus sprachen von dem "dritten Weg" des freien Christentums "zwischen der ‚alten Kirche‘ und einer radikal politisierten Kirche, die in der Gefahr ist, die religiöse Komponente des Evangeliums aus ihrem Gesichtskreis zu verlieren" (70/7/88).

Im Bund versuchte man dieser Herausforderung auf doppelte Weise zu begegnen. Auf dem Frankfurter Kongress 1968 wurden Überlegungen angestellt, eine "Arbeitsgemeinschaft mit verwandten Gruppen einzugehen, soweit die wesentlichen Anliegen des Bundes dabei gewahrt werden" (68/11/166). Ein Vorbild dafür war die kirchenpolitisch orientierte württembergische "Arbeitsgemeinschaft für evangelische Erneuerung" von 1966 (66/12/183-186), in welcher der Bund eine Koalition mit anderen progressiven kirchlichen Gruppen eingegangen war. Bei einem Treffen der "Aktion Kirchenreform" im März 1969 in Frankfurt wurde den Vertretern des Bundes gesagt,

"die Flamme der Liberalität dürfe nicht erlöschen" (69/6/96). Zeitweilig ins Auge gefasste Fusionen des Bundes und seiner Zeitschrift mit kirchenkritischen Gruppen und Blättern kamen aber nicht in Frage (69/5/79). Walter Kappus beschrieb die vom Lebensgesetz des Bundes gewiesene Grenze kirchenpolitischer Interessen: "Wir müssen davor warnen, daß über den gewiß notwendigen Bemühungen um Demokratisierung der Kirche das zentrale Anliegen der Übersetzung des Evangeliums in die Gegenwart und seine Befreiung aus den Fesseln eines überholten Weltbildes und einer ebenso überholten Dogmatik vergessen wird" (69/6/96).

Der zweite neue Impuls des Bundes konnte an Früheres anknüpfen: ein Bemühen um kirchliche Gestaltung aus dem Geist eines freien Christentums. Längst waren in der Zeitschrift Praxisfelder wie Religionsunterricht, Gesangbuch, Gottesdienst, Taufe und Konfirmandenunterricht erörtert worden. Das sollte nun verstärkt fortgesetzt werden. Ulrich von Hasselbach bot von 1971-1984 mehrfach Konfirmandenkurse in den Schulferien an, die vom Bund mitgetragen wurden. In seinen Thesen "Christsein - neu gesehen" (79/11/187-197) fasste er den Inhalt solcher Kurse zusammen (vorher schon 73/11/319-329).

Die "Hanauer Sätze" und die Rolle des Dogmas

Mit den "Hanauer Sätzen", die auf dem Frankfurter Kongress 1968 vorgestellt wurden (69/3/37-40), hat der Bund unter Federführung Ulrich von Hasselbachs ein Positionspapier erarbeitet, das ein beachtliches Echo fand. Fünftausend Exemplare wurden zuerst versandt, zehntausend Exemplare zusätzlich angefordert (70/7/88). Weitere Standortbestimmungen sollten folgen, die aber alle nicht eine derartige Resonanz bekamen: die Leitsätze von 1975 mit dem Titel "Was will der Bund für Freies Christentum?" (75/7-8/1 12f), das Faltblatt von 1978 (78/3/740), die Leitsätze von 1982 (82/5/93-96; alle Texte finden sich unter den Dokumenten S. 94ff). Die "Hanauer Sätze" geben in den Thesen 5 bis 12 Vorschläge zur Gestaltung des kirchlichen Lebens und betonen in These 14 die soziale und politische Verantwortung der Kirche. In These 13 wird, in Anlehnung an die programmatischen Sätze vom Oktober 1964, "ein neues Verhältnis auch zu den nichtchristlichen Religionen" angesprochen. In den Thesen 1 und 8 wird der Symbolbegriff aufgegriffen, der auch in Anknüpfung an die Theologie Paul Tillichs und die Tiefenpsychologie C. G. Jungs in der theologischen Diskussion im Bund fortan eine wichtige Rolle spielen sollte. In der den Bund seit seinen Anfängen beschäftigenden Frage nach den Bekenntnissen heißt es in These 5 vorsichtig, es sei "untragbar, Christen auf deren Wortlaut zu verpflichten". Damit ist einem literalistischen Verständnis gewehrt, aber die Tür offen gehalten für eine symbolische Auslegung und Aneignung.

Ulrich Mann warb seit seiner Anwesenheit bei der Arbeitstagung in Königsfeld 1969 für ein positives Verständnis der Bekenntnisse und der altkirchlichen Dogmen, sofern diese in den Kirchen als verbindlich geltende Texte von der religiösen Erfahrung her aufgeschlüsselt werden können und nicht als Glaubensgesetze, sondern als "gültige Lehrmeinungen" verstanden werden (74/2/367). Das trinitarische und das christologische Dogma solle nicht eliminiert, sondern interpretiert werden (74/2/365), wobei die Archetypenlehre C. G. Jungs eine gute Hilfe sei. So sehr Ulrich Mann die Aufgabe der Reduktion, des Ausscheidens von nicht mehr nachvollziehbaren und damit überholten religiösen Auffassungen bejahte, legte er doch den Nachdruck auf die "kon-

struktive" Aufgabe freien Christentums, "das Hinweisen auf die religiösen Werte der Symbole, der Worte, der Begriffe" (79/1/15).

Dass es im Sinne der Meinungsvielfalt innerhalb des freien Christentums auch um diese Position Kontroversen gab, ist nicht verwunderlich. Schon früher hatte es in Fragen der Christologie unterschiedliche Auffassungen gegeben, die sich wie bei Hans Pribnow mit seiner betonten Unterordnung des irdischen Jesus unter den einen Gott eher an Albert Schweitzer, oder wie bei Hermann Marhold mit seinem Verständnis von Christus als einer überzeitlichen, zu Gott hin und von Gott her transparenten Wirklichkeit eher an Paul Tillich anlehnten (64/4/42; 64/6/71-73). Dass sich die Dogmen wirklich symbolisch aneignen lassen und dies noch einem weiteren Kreis zu vermitteln sei, bestritt Ulrich von Hasselbach (75/12/170), während sich Hellmut Haug in dieser Frage der Position Ulrich Manns zugesellte und den "Gesamtkomplex des christlichen Dogmas als symbolische Gestaltwerdung der in Christus erschlossenen Freiheit" verstanden wissen wollte (75/5/76). Zwischen beiden kam es 1978 zu einer Kontroverse, bei der sich Hans Pribnow und Kurt Werner der Meinung von Hasselbachs anschlossen, während Hansjörg Jungheinrich (1907-2000) im Sinne Haugs votierte.

Die Zeitschrift erwies sich überhaupt als ein geeignetes Forum, um im Für und Wider die Spielarten eines freien Christentums auszuloten. Zwischen Paul Schwarzenau und Peter Gerlitz kam es zum Disput über die Frage nach einem gemeinsamen Grund der Religionen (79/6/104-111; 79/9/152-1 55), zwischen Paul Schwarzenau und Hansjörg Jungheinrich über die "Dunkelseite Gottes" (81/7-8/127-138; 81/11/195-201), zwischen Andreas Rössler und Hellmut Haug über das Verhältnis von Gnade und Freiheit (82/7-8/131-139).

5. Das Jahrzehnt seit 1978 und Ausblick

Zur Frankfurter Arbeitstagung 1978 konnte ein Faltblatt des Bundes vorgelegt werden (78/3/74f), in dem die wesentlichen Programmpunkte des Bundes knapp zusammengefasst sind, von "der Gestalt und den Weisungen Jesu Orientierungshilfen" erwartet werden und als erstes Anliegen "religiöse Besinnung und Erneuerung" genannt wird.

In einer Zeit, in der die Mystik wieder ernst genommen und verschiedene Formen der Meditation praktiziert werden - beides wird in den "Leitsätzen" von 1982 ausdrücklich positiv erwähnt (82/5/93-96) -, legte sich ein solcher Akzent nahe. Zugleich wurde die Weltverantwortung betont und die innerkirchliche Vielfalt bejaht. Zwei der im Faltblatt genannten "Angebote" sind inzwischen überholt: Konfirmationsvorbereitungskurse mit abschließender Konfirmation" sowie "Rechtsbeistand im Falle von Konflikten mit kirchlichen Stellen".

Auch gegenwärtig wird um den Weg des Bundes für Freies Christentum gerungen. Während Ulrich von Hasselbach weiter nach zeitgemäßen Formen eines "alternativen Christentums" sucht und sich im Rahmen der Landeskirchen eigene freichristliche Gemeinden "innerhalb eines Dachverbandes nach bremischem Muster" (86/12/ 676) vorstellen kann, suchen andere stärker den gesamtprotestantischen Konsens. Alle hoffen sie, dass Professor Heinz Röhrs Wort von 1971 gelten möge: "Der Bund für Freies Christentum kann zur Vorhut einer bedeutsamen Bewegung innerhalb des Pro-

testantismus werden, der es um Wahrhaftigkeit und denkerische Redlichkeit in der heutigen Glaubenskrisen geht" (71/1/4).

Auch wenn Werte wie Wahrhaftigkeit, Freiheit, Toleranz und "Ehrfurcht vor dem Leben" nicht auf das freie Christentum beschränkt sind, von seinen organisierten Formen ganz zu schweigen, werden sie dort doch besonders hoch geschätzt. Sie bedürfen der Pflege, um nicht zu kurz zu kommen. Das Profil des freien Christentums liegt heute vielleicht nicht so sehr in innerkirchlichen Auseinandersetzungen. Könnte das freie Christentum darin eine Vorhut des Protestantismus sein, dass es einerseits zu den Suchenden und Fragenden am Rande und außerhalb der Kirche gewiesen ist, und andererseits zur Begegnung mit Menschen anderen Glaubens?

Die bisherigen Präsidenten des Bundes für Freies Christentum:

1948-1953 Walter Bülck, Theologieprofessor

1953-1960 Georg Wunsch, Theologieprofessor

1960-1970 Rudolf Daur, evangelischer Pfarrer

1970-1987 Ulrich Mann, Theologieprofessor

1987-1995 Udo Tworuschka, Theologieprofessor

1995-2002 Hans-Hinrich Jansen, Theologieprofessor

seit 2002 Werner Zager, Theologieprofessor

Literaturhinweis:

Zur weiteren Geschichte des Bundes für Freies Christentum vgl. Andreas Rössler, 60 Jahre Bund für Freies Christentum 1948-2008. Entwicklungen und Perspektiven, in: Werner Zager (Hrsg.), Liberales Christentum. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Neuchkirchen-Vluyn 2009, S. 19-102.